

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**12.01.2023
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz**

Einzelplan **03** **Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 03 Bezeichnung Landesamt für Verfassungsschutz

Produktnummer 001 und 999 Bezeichnung Schutz der Verfassung und allgemeine Verwaltung

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge	403.500	-403.500	
14	Summe Aufwendungen	39.041.700	-39.041.700	

Liquidität			
Einnahmen			
Ausgaben			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge	441.000	-441.000	
14	Summe Aufwendungen	40.282.200	-40.282.200	
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Das Landesamt für Verfassungsschutz versagt seit Jahrzehnten bei der Aufgabe, die Verfassung zu schützen. In Hessen gab es innerhalb von 15 Jahren drei rechtsterroristische Anschläge, bei denen Menschen getötet wurden – keinen davon konnte der „Verfassungsschutz“ verhindern. Das Landesamt für Verfassungsschutz erkennt neue gefährliche Entwicklungen in der Regel zu spät, es mangelt an Analysefähigkeit. In seiner derzeitigen Ausgestaltung schadet der Verfassungsschutz mehr, als er hilft. Er ist daher abzuschaffen und durch eine wissenschaftliche, unabhängige Beobachtungsstelle Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu ersetzen.

Wiesbaden, 12.01.23

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske